

Arbeiterstimme

Einzelnnummer 10 Pfennig
Zwei Gesamtbeilagen und in allen Städten erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostfachsen
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen / Für unsere Frauen / Die Energie

Wochenpreis monatlich mit Post 2 RM. (Halbmonatlich 1 RM.) durch die Post bezogen monatlich 2 RM. (ohne Abrechnungsgeld) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-11 / Geschäftsstelle u. Expedition: Oberbahnhofstr. 2 / Fernsprecher: 17259 / Postfachkonto: Dresden Nr. 18699. Dresdner Verlagsgesellschaft
Schriftleitung: Dresden-11, Oberbahnhofstr. 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17259 / Drahtanschrift: Arbeiterstimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4—6 Uhr / außer Dienstag u. Donnerstag

Anzeigenpreis: Die neunmal gebaltene Nonpareilzeile oder deren Raum 0,35 RM. für Familienanzeigen 0,20 RM. für die Reklamazeile anschließend an den dreifünfteligen Teil einer Zeile 1,50 RM. Anzeigenannahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-11, Oberbahnhofstraße 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Bezahlung besteht kein Anspruch auf Befreiung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

4. Jahrgang

Dresden, Donnerstag den 2. Februar 1928

Nummer 28

Neudeutscher Imperialismus

Abrüstungsreden und Kriegsrüstungen

Rede des Genossen Stoeder zum Ausscheiden im Reichstag

Jam Eilat des Auswärtigen Amtes spricht für die kommunistische Fraktion

Genosse Stoeder:

Seitdem wir die Einheitsfront von Deutschnationalen bis Sozialdemokraten haben, sind außenpolitische Debatten im Reichstag unbeliebt. Die Rede des Abgeordneten Freitag-Matthieson ist aus wahltechnischen Gründen von Zentrum und Deutschnationalen mit förmlicher Liebe an den Bräutigam des Herrn Stresemann (Stürmische Kritiker!) Stresemann hat erkannt, daß die Politik des neudeutschen Imperialismus nur mit imperialistischen Phrasen gemacht werden kann.

Die Besprechungen vom Vordars bis zur Kreuzzeitung nach der Rede Stresemanns zeigten deutlich die wirkliche Einstellung von Deutschnationalen bis Sozialdemokraten. Die öffentliche Stellung des Außenamtes ist kennzeichnend für die Politik des neudeutschen Imperialismus. Der Außenminister ist heute um das dreifache höher als in der Vorkriegszeit. Auch in diesem Jahre ist der Außenminister wieder um 2 Millionen höher als im Vorjahre. Besonders kennzeichnend sind die richtigen Schätze, die an die Beamten des Außenministeriums verteilt werden. Vorfristigereile ist Breitwieser aus der Geheimfonds nicht eingegangen, die eine immer größere Rolle im Etat spielen. Des kaiserliche Deutschland kam 1917 mit einem Geheimfonds von 1 Million Mark, jetzt beträgt er 22 Millionen Mark. Das sind Ausgaben für Spionage, Propagandas und ähnliche dunkle Zwecke.

Jetzt hat sich bemerkt, was die Kommunisten feinerzeit von Demos und Thoren gesagt haben. Wo ist die Weltwende, die damals von Stämpfer im Vorwärts prophezeit wurde? Das Schicksal der imperialistischen Mächte gegeneinander ist heute viel trübsamer als damals. Das damals so stolze angekündigte Erbe der Räumung des Rheinlandes ist bis heute ausgeblieben. Der französische Imperialismus denkt nicht an eine Räumung des Rheinlandes. Sowohl die französischen Nationalisten wie die Sozialisten denken nicht an eine Räumung des Rheinlandes. Die neuen große Jugendbewegungen Deutschlands, die Reden Boncourts, des Führers der französischen Sozialisten, sind absolut eindeutig in dieser Richtung. Boncourts ist der Vorführer sowohl des französischen Imperialismus als der französischen Sozialistischen Partei. Die deutsche Sozialdemokratie ist wegen der Luxemburger Rede Boncourts in einen inneren Zerwürf mit der französischen Sozialistischen Partei eingetreten. Dieser Zerwürf ist genau so ergebnislos gewesen, wie der Zerwürf zwischen Stresemann und Briand.

Die einzige Partei in Frankreich, die für die Räumung des Rheinlandes und für die Zerrüttung des Versailles Vertrags kämpft, ist die kommunistische Partei Frankreichs!

Stresemann hat hier von der Abrüstung gesprochen, genau so wie die Militaristen aller Länder davon sprechen. In Wirklichkeit geht in allen Ländern die Aufrüstung weiter. Nach der letzten Statistik wurden im letzten Jahre allein 15 Milliarden Mark für weitere Aufrüstung ausgegeben, in Europa allein 22 Milliarden. Das sind nur die offen im Etat erscheinenden Ausgaben, dazu kommen riesige Beträge, die verschleiert sind.

Genossen der allgemeinen Aufrüstung aller imperialistischen Staaten ist es allein die Sowjetregierung, die ernsthaft die Abrüstung des Friedens will und dafür arbeitet. Sowjetrußland hat als einziges Land auf der Abrüstungskonferenz ernste Vorschläge gemacht. Breitscheld hat hier gesagt, es würde nicht, solche Abrüstungsvorschläge vorzulegen. Das kommt, man muß sie auch annehmen und durchführen.

Auch Stresemann will nur deshalb so laut nach der Abrüstung herufen, um damit die Möglichkeit zur eigenen Aufrüstung zu bekommen. Der Fraktionsführer Stresemanns, Weinbaben, verlangte gestern etwas anderes, er verlangte militärische Gleichberechtigung, das heißt, da die anderen nicht abzurüsten, auch nicht abzurüsten für Deutschland.

Der Vorschlag der Sowjetregierung in Genf und seine Aufhebung durch die kapitalistischen Staaten hat der Arbeiterklasse aller Länder die Augen geöffnet über den Abrüstungswindel des imperialistischen Großmachts. Die Sowjetregierung hat ja den Weg der Abrüstung, als ob die imperialistischen Mächte wirklich abzurüsten wollen und könnten. Aber sie wird ihre Politik weiterhin, um die imperialistischen Staaten zu zwingen, den Charakter ihrer Politik vor den Völkern zu enthüllen.

Die Waffentransporte von Italien nach Ungarn erfolgten im Einverständnis mit England und nachdem man ursprünglich nur nach dem Eingreifen des Völkerbundes gerufen hatte, ist es möglich ganz still geworden. Auch die deutsche Regierung hat keinen Einspruch erhoben. Stresemann rechnet wohl damit, daß England auch gegenüber geheimen Aufrüstungen Deutschlands ein Auge zudrückt wird. Im Interesse seiner Kriegspläne gegen Rußland wird es solche Aufrüstungen unterstützen. Ebenso hat die italienische Presse die Tatsache umfangreicher Waffentransporte von Frankreich nach Jugoslawien mitgeteilt.

In der Phase der Abrüstung kommt die der Schiedsgerichtsbarkeit. Die Kommission, die eingesetzt wurde, müßte man nennen: Sicherheitskommission gegen die Abrüstung. (Sehr wahr! h. d. Komm.) Die Sozialdemokraten gehen sich wieder dazu her, der Welt vorzutäuschen, als ob der Friede wirklich durch Schiedsgerichtsverträge gesichert werden könne. Das durch Schiedsgerichtsverträge gesichert werden könne. Das durch Schiedsgerichtsverträge gesichert werden könne. Das durch Schiedsgerichtsverträge gesichert werden könne. Genau

so wie früher werden im Konfliktfall alle papierernen Verträge achlos zerfallen und weggerissen werden. Aber nicht einmal diese papierernen Schiedsgerichtsverträge werden von den imperialistischen Staaten abgeschlossen. Stresemann hat in allen Fällen abgelehnt, für politische Fragen die obligatorische Schiedsgerichtsbarkeit anzuerkennen. Auch hierin gehen die Sozialdemokraten Arm in Arm mit Stresemann.

Wir sehen, daß Europa mit Schiedsgerichtsverträgen besetzt ist. In Wirklichkeit sind es Kriegsbündnisse, Kriegspakte, die bei dem nächsten Kriegsausbruch ganz Europa automatisch hineinziehen. Sowohl der französisch-jugoslawische wie der italienisch-albanische Vertrag sind typische Kriegspakte. Die imperialistischen Gegenstände haben sich fast überall verhärtet. Die Spannung zwischen Amerika und England, das Vorgehen des Dollar-Imperialismus in Nicaragua, die Spannung zwischen Frankreich und Italien, Polen und Litauen — um nur die wichtigsten zu nennen, zeigen dies deutlich.

Der deutsche Imperialismus baut an der Wiederherstellung seiner ökonomischen, politischen und militärischen Macht, und die Sozialdemokraten unterstützen diese neudeutsche Kriegspolitik.

Der britische Interventionismus gegen die chinesische Revolution wird fortgeführt. Auch die deutsche Vorkriegspolitik vorläufig die chinesische Konterrevolution andauernd mit Waffen, und nach den Erklärungen des Außenministers der Röntgen-Regierung, haben die nordchinesischen Generale für 20 Millionen Mark Aufträge an deutsche Waffenzulieferanten gegeben. Der im Kiel aufgefundene Waffentransport von 17 Waggons gehörte zu diesen Lieferungen.

Die Kampffront steht geschlossen

Solidaritätsaktion der Arbeiter / Industrielle unterstützen sich

Halle, 1. Januar 1928

Auch heute sind aus den betroffenen Betrieben keinerlei Veränderungen zu melden. Aufstehende Gerüchte, nach denen Streikbrecher in Betriebe hineingekommen sein sollen, wurden von uns an Ort und Stelle nachgeprüft und festgestellt, daß diese mit sehr durchsichtiger tendenziöser Absicht in die Welt gesetzt worden sind und in keiner Weise den Tatsachen entsprechen. Dasselbe wird uns auch von der Streikleitung bestätigt.

Die Zuversicht der Streikenden auf einen guten Erfolg und ein erfolgreiches Ende dieses großen Machtkampfes zwischen Kapital und Arbeit wird wesentlich gestärkt durch die mit voller Kraft einsetzenden Solidaritätsaktionen und die zahlreichen Sympathieerklärungen der übrigen Arbeiterschaft.

In Halle wurde gestern im großen Volkspark die erste Lebensmittelpartei der IAS an die Streikenden vorgenommen.

Die Mitgliederversammlung der Kunststein- und Terrazzo-Arbeiter in Halle hat eine Resolution angenommen, in der den im Kampfe stehenden Metallarbeitern die volle Sympathie ausgesprochen wird. Es wurde beschlossen, pro Woche einen Stundenlohn an die IAS abzuführen. Die erste Rate ist bereits abgegeben. Ferner wurde von allen Kollegen das schändliche Verhalten der SPD-Führer gegenüber der Solidaritätsaktion der IAS auf das Schärfste verurteilt.

Die Arbeiter bezogen eine starke Solidarität. Die Reformisten jedoch unternehmen alles, um den Streik abzumildern, jede Ausbreitung zu verhindern. So hat der Deutsche Metallarbeiterverband abgelehnt, den Lokalarbeiter für das Nordharzgebiet zu kündigen. In einer am Sonnabend in Halberstadt stattgefundenen Mitgliederversammlung des DMB werden sich die SPD-Mitglieder gegen eine Ausdehnung des Streiks.

Während so die reformistischen Führer die Bewegung hemmen und zersplittern, rufen die Industriellen zur gemeinsamen Unterstützung der mitteldeutschen Schachsmacher.

Die Vorstände und Ausschüsse des Verbandes der Metallindustriellen für Braunschweig und Hannover sind gestern ebenfalls zusammengetreten, um über Maßnahmen zum Schutze der mitteldeutschen Metallindustrie im Bezirk Halle-Magdeburg-Berlin zu beraten. Ferner bestätigt es sich, daß zwischen den mitteldeutschen und den rheinisch-westfälischen Metallindustriellen ein Vertrag abgeschlossen worden ist, der die finanzielle Unterstützung der von Streik und Ausbreitung betroffenen mitteldeutschen Werke aus dem Kampffonds der rheinisch-westfälischen Industrie vorsieht.

Den mitteldeutschen Metallindustriellen muß das Wasser bis an den Hals stehen, wenn sie sich so eifrig an allen Ecken und Enden ihres lieben Vaterlandes nach Schutz und Hilfe umsehen. Auch in Hannover und Braunschweig wird man eine Sympathieerklärung loslassen und finanzielle Hilfe versprechen. Hiermit scheidet es um die Sache der Arbeiter einfach glänzend zu stehen. Aber es würde noch viel besser, wenn nicht die unheimliche reformistische Niederlagenstrategie, sondern die revolutionäre Streikstrategie endlich angewandt würde.

Schwierige Lage der Metallindustrie

Die Junkerwerke geben bekannt: „Im Zusammenhang mit dem mitteldeutschen Metallarbeiterstreik sind auch die Junkerflugzeugwerke stillgelegt worden. Man kann jedoch an-

nehmen, daß der Streik keine lange Dauer haben wird. Durch die bedeutenden Ersparnisse in Dessau und die auswärtigen Lager ist jedenfalls gewährleistet, daß der technische Bedarf für die in Deutschland und im Ausland verwendeten Junkerflugzeuge auch während des Streikes gedeckt werden kann. So daß die Betriebssicherheit auf den Luftstreifen keine Beeinträchtigung erfährt.“

Wir Kommunisten fordern die Transportarbeiter, Eisenbahner und Seelente auf, mit allen Mitteln derartige Waffenzulieferungen zu verhindern. (Sehr richtig! h. d. Komm.) Der britische Imperialismus führt seine Kriegspläne gegen Sowjetrußland fort. Wenn er dabei auch auf gewisse Hindernisse gestoßen ist, so arbeitet er mit aller Zähigkeit weiter an der Herstellung des Kriegsbloks gegen Rußland. Wir sind uns klar, daß auch die deutsche Bourgeoisie bei diesen Kämpfen gegen Sowjetrußland an der Seite der Westmächte stehen wird. (Sehr wahr! h. d. Komm.) Graf von Westarp hat vor einigen Monaten England ausdrücklich die deutsche Waffenhilfe gegen Rußland an. Der Stahlhelm arbeitet im gleichen Sinne, und die Sozialdemokraten werden dann die notwendige moralische Begeisterung liefern.

Severings Rede war das innenpolitische Angebot der Sozialdemokraten zur großen Koalition. Breitschelds Rede auf Außenpolitik. Stresemann weiß, daß er der Unterstützung der Sozialdemokratie für seine neudeutsche imperialistische Politik sicher ist.

Demgegenüber sammeln und mobilisieren wir Kommunisten die Arbeitermassen zum Kampfe gegen die imperialistische Kriegsgefahr, zur revolutionären Verteidigung der Sowjetunion und der chinesischen Revolution. Wir mobilisieren sie zum einig wirklichen Kampfe gegen den imperialistischen Krieg zum Schutze der Bourgeoisie und Errichtung der Klassenherrschaft, der Diktatur des Proletariats. (Starker Beifall h. d. Komm.)

Gracie (HLL) fordert die Deutschnationalen auf, den geraden Weg zu gehen und die Koalition zu verlassen zu lassen.

Urbahts (L. Komm.): Was die Sowjetdelegation in Genf zu sagen hatte, war nur eine radikale Abtönung dessen, was die Sozialdemokraten sagen. Wenn irgendeine imperia-

Streik bei Anton Reiche und im Unionwerk

Die graphischen Hilfsarbeiter bei Anton Reiche und im Unionwerk haben heute die Arbeit niedergelegt.

Die graphischen Hilfsarbeiter kämpfen um die Wiederherstellung ihrer alten Rechte. Bis zum Mai vorigen Jahres wurden diese Arbeiter nach dem Tarife der graphischen Hilfsarbeiter bezahlt. Dieser Tarif sah Wochenlohn, damit Bezahlung der Feiertage und eine günstigere Regelung der Ferien vor. Nach langen Verhandlungen und einem damals schon durchgeführten Streik wurden diese Arbeiter aus dem graphischen Hilfsarbeitertarif herausgenommen und dem Manteltarif der Metallarbeiter angegliedert. Nach diesem Tarif erhalten die Arbeiter jetzt Stundenlohn. Die Ferien wurden einem Teil der Arbeiter verkürzt. Gegen diese Regelung führen die Arbeiter den Kampf. Mit dem 31. Januar war der Tarif abgelaufen. Die Forderung der Arbeiter, wieder dem graphischen Hilfsarbeitertarif angegliedert zu werden, wurde von den Unternehmern abgelehnt. Der Schlichter entschied gegen die Arbeiter.

Daraufhin haben die Arbeiter von Anton Reiche in einer Versammlung zu der Lage Stellung genommen und mit 83 Stimmen den Streik beschlossen. 3 Stimmen nur waren für die Fortsetzung der Arbeit. 3 Arbeiter enthielten sich der Stimme. Auch die Arbeiter der Union haben den Streik beschlossen. Die Arbeitsniederlegung ist fast geschlossen erfolgt. Es arbeiten nur 4 Streikbrecher, die mit ihrem Verräterwerk jedoch den Betrieb nicht aufrechtzuerhalten vermögen.

Die Unternehmer drohten, gegen den Verband vorzugehen. Die Verbandsleitung hat erklärt, daß sie auf Grund des Schlichtungsbeschlusses nicht in der Lage sei, den Streik zu führen. Die Arbeiter sind aus dem Verbande ausgetreten. Da die Arbeiter nicht einen wilden Streik führen wollen, haben sie ihr Arbeitsverhältnis gekündigt.

Als die Unternehmer gehört haben, daß die Arbeiter den Verband verlassen haben, erklärten sie, daß jetzt wohl die Internationale Arbeiterhilfe hinter der Bewegung steht, und daß sie die Unterstützung derselben gerichtlich verhindern wollen.

Wir fordern die gesamte Arbeiterschaft auf, diesen Kampf zu unterstützen. Halte Streikbrecher dem Petrolee fern. Insbesondere appellieren wir an das Druckerpersonal, sich nicht zur Mitarbeit an Streikbrecherarbeit herzugeben.

Kündigung in der rheinischen Montanindustrie

Bochum, 1. Februar. (Eigene Drahtmeldung.)

Die Kündigung des Gehaltsabkommens der Angestellten in der Montanindustrie für den 31. März steht fest. Die Arbeitgeber hatten eine zwischentarifliche Regelung der Gehälter beantragt. Die Montanindustrie hat das jedoch abgelehnt.